

Der Vollzugsdienst

3/2021 – 68. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Klare Worte des Bundesvorsitzenden René Müller gegenüber dem BMJV

Digitales Treffen mit Bundesjustizministerin Lambrecht

Seite 1

Das geplante Antidiskriminierungsgesetz erhitzt die Gemüter

Es soll keine Beweislastumkehr geben

Seite 15

Vakante Dienstposten: LVHS weist auf vorhandene Misstände hin

Licht und Schatten bei der Stellenbesetzung im Hamburger Justizvollzug

Seite 32

Nach einem von der Corona-Pandemie geprägten Jahr wächst die Hoffnung auf Rückkehr zu Präsenzveranstaltungen!

Foto: © Elnur/stock.adobe.com



HESSEN



NORDRHEIN-WESTFALEN



SAARLAND

INHALT


BUNDESHAUPTVORSTAND


- 1 Klare Worte des BSBD gegenüber dem BMJV – Deutliche Kritik an der Bundespolitik zur fehlenden Unterstützung und Stärkung des Justizvollzuges
- 2 Schwierige Tarifverhandlungen werden erwartet:
Branchentage einmal anders
- 2 Bundesgewerkschaftstag 2021 am 10./11. November in Soltau/Niedersachsen

LANDESVORBÄNDE

- 3 Baden-Württemberg
 - 18 Bayern
 - 22 Berlin
 - 26 Brandenburg
 - 29 Hamburg
 - 35 Hessen
 - 41 Mecklenburg-Vorpommern
 - 43 Nordrhein-Westfalen
 - 57 Rheinland-Pfalz
 - 58 Saarland
 - 60 Sachsen
 - 62 Sachsen-Anhalt
 - 68 Schleswig-Holstein
 - 71 Thüringen
-
- 60 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

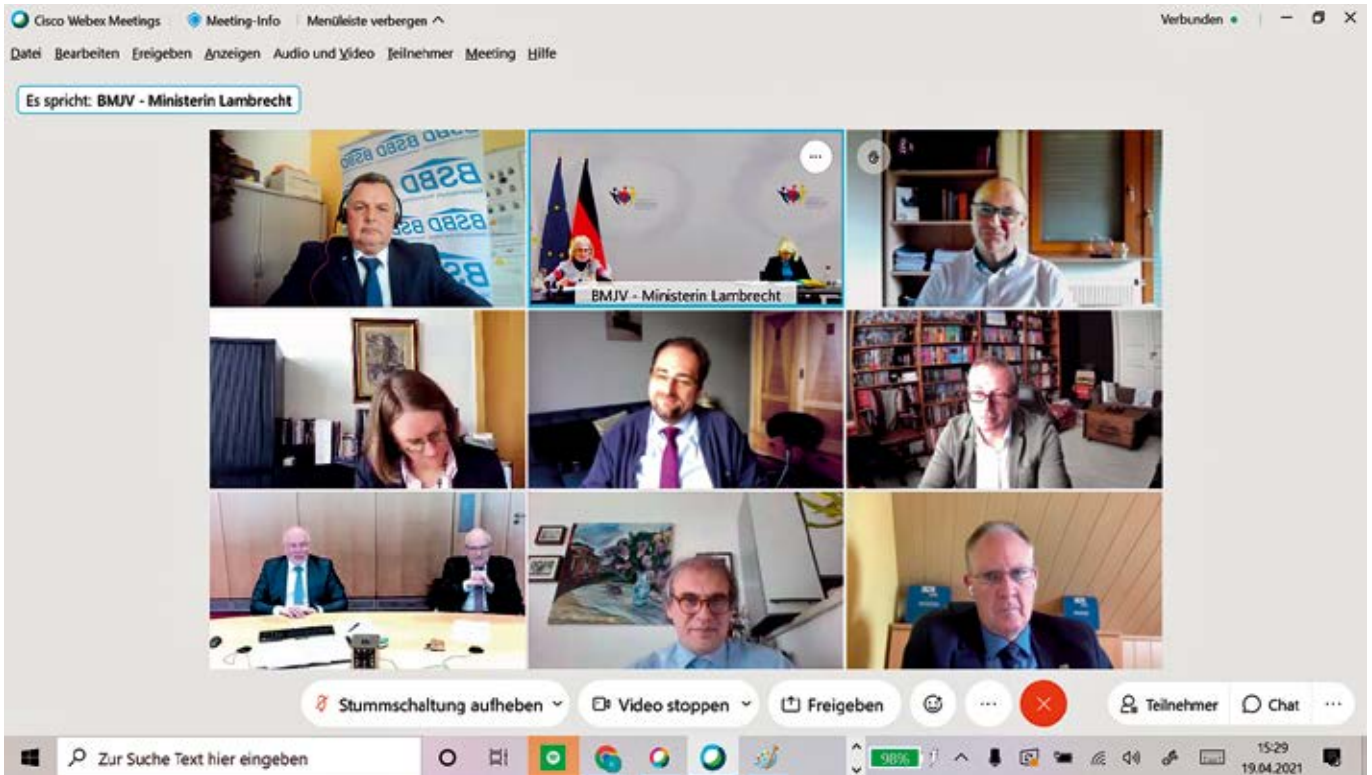
Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 4-5/2021:



12. Oktober 2021



BSBD Bundesvorsitzender René Müller übt deutliche Kritik am BMJV.

Screenshot: BSBD

Digitales Treffen der dbb Justizgewerkschaften mit Bundesjustizministerin Lambrecht

Klare Worte des BSBD gegenüber dem BMJV

Deutliche Kritik an der Bundespolitik zur fehlenden Unterstützung und Stärkung des Justizvollzuges

BSBD Bundesvorsitzender René Müller nutzt das digitale Treffen der dbb Justizgewerkschaften mit der Bundesjustizministerin zur Skizzierung der aktuellen Lage im Justizvollzug und spart dabei auch nicht mit Kritik am Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV).

Bereits nach der Bundestagswahl 2017 hatten CDU, CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag den „Pakt für den Rechtsstaat“ vereinbart, ohne ausschärfenden Blick, welche Auswirkungen und damit verbundene Aufgaben für den Justizvollzug vonnöten sind. „Der Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer Demokratie und muss nachhaltig gestärkt werden.“ Das war die Kernbotschaft, die der **dbb** Bundesvorsitzende **Ulrich Silberbach** und Vertreter der **dbb Justizgewerkschaften** am 19.04.2021 Bundesjustizministerin **Christine Lambrecht** überbracht hat.

Diese mangelnde Unterstützung und fehlende Stärkung des Justizvollzuges vermisst der **BSBD** seit Jahren.

Fehlende zentrale Steuerung in der Pandemie

Im Rückblick der vergangenen Jahre wurde auch in der Pandemie seitens des Bundesjustizministeriums kaum

ein Augenmerk auf den Justizvollzug gerichtet.

Wie in den zurückliegenden Ausgaben der Zeitschrift „**Vollzugsdienst**“ zahlreich berichtet wurde, mussten sich die Länder bei der Beschaffung von Desinfektionsmitteln und Schutzkleidung selbst behelfen.

Notfallszenarien bei einem größeren Personalausfall und damit eine zentrale Personalsteuerung wurden überhaupt nicht in Betracht gezogen. Ausrüstung, die nicht nur in der Pandemie für einen sicheren Justizvollzug existenziell ist, wurde weder zentral beschafft noch entsprechend umverteilt. Dies sorgte in vielen Bereichen für Engpässe, durch die der Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen gefährdet war.

Auch in Sachen Impfpriorisierung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug war seitens der Bundesregierung, insbesondere durch das BMJV, kein Verweis auf die Dringlichkeit zu vernehmen. Ein zielführender Hinweis bspw. der Bundesjustizministerin auf die Situation des deutschen Justizvollzuges blieb aus. Die Durchführung der Impfungen (Priorisierung) ist in einer Rechtsverordnung des Bundesgesundheitsministeriums (Corona-Impfverordnung; CoronaImpfV) festgelegt, die auf einer Empfehlung der

Ständigen Impfkommission (**STIKO**) beim **Robert Koch-Institut** gründet.

Dass die Versorgung und Betreuung von Coronainfizierten und/oder unter Quarantäne stehenden Häftlingen durch nichtmedizinisches Vollzugspersonal erfolgte und eine hohe Ansteckungsgefahr für Bedienstete besteht, wurde offensichtlich völlig ignoriert.

Dass Vollzugsanstalten auch über medizinisches Personal verfügen, die die medizinische Versorgung auch in akuten Fällen sicherstellen müssen und somit erste Anlaufstelle für erkrankte und infizierte Insassen sind, fand bei der ersten Impfpriorisierung ebenfalls in den wenigsten Bundesländern Berücksichtigung. Auch zum jetzigen Zeitpunkt wurde nicht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Justizvollzug ein Impfangebot unterbreitet.

Zusatzaufgaben für den Justizvollzug ohne Personalausgleich, fehlende Unterstützung bei der Personalgewinnung und mangelnde Innovationen im Bereich der Digitalisierung

Während weite Bereiche der Justiz ein Hauptaugenmerk auf die Digitalisierung und den elektronischen Rechtsverkehr richten, liegt die Priorität im Justizvollzug nach wie vor im Abbau

der Personalvakanzen. Wie auch in den bisher geführten Gesprächen mit dem BMJV bemängelt der **BSBD** die Zunahme zusätzlicher Aufgaben, die originär nicht in den Tätigkeitsbereich des Justizvollzuges gehören. (Unterbringung von Gefährdern, Abschiebungshaft und neuerdings auch wie in HH die Unterbringung psychisch auffälliger Personen nach §126 a StPO) ohne Personalausgleich.

Auch in diesem Bereich täte eine Unterstützung der Länder durch Werbeinitiativen des Bundes gut, um den Fokus bei der Personalgewinnung auf den Justizvollzug zu richten.

Entlastung durch Schaffung einer zentralen Hafteinrichtung des Bundes

Eine Entlastung der Bundesländer könnte auch durch die Schaffung eines Bundesjustizvollzuges und einer zentralen Hafteinrichtung in Zuständigkeit des Bundes erreicht werden, in welcher Straftäter bzw. unter Verdacht stehende Straftäter untergebracht sind, bei denen die Bundesstaatsanwaltschaft die Ermittlungen führt. Diesen Vorschlag

erneuerte **Müller** gegenüber der Bundesjustizministerin **Lambrecht**.

Gewerkschafter und Ministerin diskutierten außerdem die zunehmende Gewalt gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Auch hier sprach der **BSBD** Bundesvorsitzende die schweren Übergriffe der letzten Jahre an, die sich unter anderem in Geiselnahmen und traurigen Höhepunkten, wie dem feigen Messerangriff auf einen Bremer Kollegen, widerspiegelten.

Gerade der Personenkreis der psychisch auffälligen und aggressiven Gefangenen hat stark zugenommen.

Hier ist es längst überfällig, eigens für diese Klientel ausreichend Haftplatzkapazität und Sicherungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die Bundesjustizministerin verwies verständlicherweise erneut auf den Bundesföderalismus, von dem auch der Justizvollzug betroffen ist.

Aus Sicht des **BSBD** ein schwaches Argument, um die mangelhafte Unterstützung des BMJV für den deutschen Justizvollzug zu kaschieren.

René Müller

BSBD Bundesvorsitzender

Schwierige Tarifverhandlungen werden erwartet

Branchentage einmal anders

BSBD Tarifvertreter konkretisiert die Forderungen des Vollzuges

Die Gewerkschaften bereiten sich auf die kommenden und sicher wieder sehr schwierigen Tarifverhandlungen mit der TdL vor.

Branchentage, wie wir sie in der Vergangenheit gemeinsam mit dem **dbb** durchführten, sind zurzeit leider nicht möglich. Trotzdem wollen wir nicht darauf verzichten, den Verhandlungsführern unseres Dachverbandes, dem **dbb**, die Erwartungen und auch Forderungen unserer Mitglieder mit auf den Weg zu geben.

Not macht erfinderisch und da diese Veranstaltungen nicht in Präsenz durchgeführt werden können, verlagern wir die Branchentage in die digitale Welt.

So wird **Volker Geyer**, stellvertretender **dbb** Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik, mit dem **BSBD** in zwei Videoveranstaltungen ins Gespräch kommen.

Unsere Tarifvertreter der Landesverbände und die Landesvorsitzenden der **BSBD** Mitgliedsgewerkschaften werden dabei unsere Forderungen an die **TdL** (Tarifgemeinschaft der Län-

der) konkretisieren und gemeinsam ausloten, in welchen Bereichen, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form die Arbeitskämpfmaßnahmen stattfinden könnten, sofern sie notwendig werden.

Da der **BSBD** die stärkste gewerkschaftliche Kraft im deutschen Justizvollzug darstellt, sind wir bestrebt, diese Power auch in den Arbeitskämpf einzubringen und setzen auf die Mitarbeit aller Mitglieder.

„Gute Worte“ sind nicht ausreichend!

Es reicht uns eben nicht, wenn unsere Kolleginnen und Kollegen mit Dank und guten Worten für ihren unermüdlichen Einsatz in krisengeschüttelten Zeiten abgespeist werden, wenn sie für die Sicherheit unseres Landes sorgen.

Wir werden sehen, inwieweit die Bundesländer bereit sind, ihren aner kennenden Worten Ergebnisse folgen zu lassen.

Justizvollzug bedeutet Sicherheit und die will entsprechend honoriert werden!

Bundesgewerkschaftstag 2021

„**Save the Date**“ wäre eine sonst geeignete Überschrift und könnte kommentarlos veröffentlicht werden. Ein Bundesgewerkschaftstag bedarf frühzeitiger und sorgfältiger Vorbereitung sowie rechtzeitiger Planung.

Tatsächlich wurden bereits vor der COVID-19-Pandemie und damit frühzeitig im Zusammenwirken mit dem **BSBD-Landesverband Niedersachsen** Veranstaltungsorte sondiert.

Als hervorragend geeignet bestätigte sich die **Tagungsstätte „Hotel Park Soltau“ in Soltau**, und die Kapazitäten wurden für den **10./11. November 2021** vor der Pandemie vertraglich vereinbart und reserviert.

Natürlich stellt sich die Frage, ob die Pandemie bis zu diesem Zeitpunkt erfolgreich bekämpft und „Normalität“ in den Alltag eingekehrt ist, so dass wir ruhigen Gewissens eine erfolgreiche Tagung durchführen können.

Mit dieser Frage beschäftigte sich auch der **BSBD-Bundeshauptvorstand**, mit dem einstimmigen Beschluss und dem klaren Auftrag an die Bundesleitung, unseren Gewerkschaftstag weiter vorzubereiten und zum avisierten Zeitpunkt satzungskonform durchzuführen. Niemand vermag vorherzusagen, wie sich die Lage bis November dieses Jahres gestaltet.

Es bleibt die Hoffnung, dass wir bis dahin bundesweit die Lage kontrollieren. Andernfalls wird der **BSBD** die Situation evaluieren und darauf reagieren.

Insofern bleibt es bei

„SAVE THE DATE“

BSBD-Bundesgewerkschaftstag 2021 am 10./11. November 2021 in Soltau/Niedersachsen
Tagungs- und Übernachtungsstätte „Hotel Park Soltau“.

Foto: www.hotel-park-soltau.de

